



Kreisverband  
Herzogtum Lauenburg

Alternative

für  
Deutschland

# *Kommunalwahlprogramm 2023*

Beschlossen auf dem Kreisparteitag

am 14.01.2023 in Schwarzenbek

## Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel</b>	<b>3</b>
<b>Demokratie und Rechtsstaat</b>	<b>4</b>
<b>Freiheit und Verantwortung</b>	<b>5</b>
<b>Gesundheitspolitik und Sport</b>	<b>5</b>
<b>Sozialpolitik</b>	<b>6</b>
<b>Familienpolitik</b>	<b>6</b>
<b>Bildung, Wissenschaft und Forschung</b>	<b>7</b>
<b>Bauen, Wohnen und Mieten</b>	<b>8</b>
<b>Klima, Energie, Technik und Digitalisierung</b>	<b>8</b>
<b>Mobilität und Infrastruktur</b>	<b>10</b>
<b>Innere Sicherheit</b>	<b>12</b>
<b>Migration, Asyl und Integration</b>	<b>13</b>
<b>Wirtschaft</b>	<b>14</b>
<b>Steuern und Finanzen</b>	<b>15</b>
<b>Kultur</b>	<b>15</b>
<b>Medien</b>	<b>16</b>
<b>Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz</b>	<b>16</b>

## *Mut zu unserer Heimat – Mut zu unserem Kreis*

### *Herzogtum Lauenburg*

#### *Präambel*

Liebe Mitbürger im Kreis Herzogtum Lauenburg,

wir sind freie Bürger, keine Untertanen. Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten. Als Mitglieder des Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg der Alternative für Deutschland werben wir mit diesem Programm zur Kommunalwahl am 14. Mai 2023 um Ihre Unterstützung!

Herzogtum Lauenburg ist ein lebens- und liebenswerter Kreis mit seinen Seen, Wald- und Kulturlandschaften. Hier sind große Kulturgüter beheimatet, altes und neues Handwerk, Industrien und Spitzenforschung.

Die politischen Entscheidungen der letzten fünf Jahre, die im Kreis Herzogtum Lauenburg getroffen wurden, haben uns alle ärmer, unsicherer, unsozialer, undemokratischer und vor allem unfreier gemacht. Wir, die Alternative für Deutschland, stehen für die Freiheit ein. Die Freiheit ist der Grundwert, ohne den kein gesellschaftlicher Fortschritt erreicht werden kann. Freiheit ist kein Privileg, sondern ein nicht verhandelbares Grundrecht.

Wir stehen für den besonderen Schutz der Familie vor staatlichem Zugriff. Wir stehen für ein Bildungssystem, das die Freiheit der Wissenschaft respektiert, ein Bildungssystem, das nicht nur die akademischen Berufe, sondern auch besonders das Handwerk stärkt, wir stehen für eine Politik, die der Familie dient und die die richtigen Antworten auf den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel bietet.

Wir stehen für einen sicheren Kreis Herzogtum Lauenburg, in dem der Schutz der Menschen und ihres über Jahrzehnte erarbeiteten Wohlstands wichtiger sind als Ideologien, Klimahysterie, Symbolpolitik, Prestigeprojekte und verlogene Utopien. Freie Bürger sollen in einem selbstbestimmten Leben über ihren individuellen Weg entscheiden können und nicht durch einen gängelnden Staat mit überbordender Bürokratie zum Befehlsempfänger degradiert werden.

Wir stehen für den Schutz des Eigentums, für ein Ende der unsinnigen Energiewende, die unsozial, da kaum mehr bezahlbar, ist und unsere wirtschaftliche Basis zu zerstören droht. Wir wenden uns gegen die Verkehrswende, die an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbeifährt.

Wir stehen an der Seite unserer Landwirte, die als freie Unternehmer für unsere guten Lebensmittel sorgen. Sie sind es, die ihren Boden, ihre Tiere, ihre Früchte am besten kennen und sorgsam damit umgehen. Ihr Unternehmertum wollen wir wertschätzen und bewahren. Ihr Beitrag zu unserer gewachsenen Kulturlandschaft ist unverzichtbar.

*Dafür stehen wir – Alternative für Deutschland – AfD*

## *Demokratie und Rechtsstaat*

### Keine Einschränkung der demokratischen Mitbestimmung für den Kreistag Herzogtum Lauenburg

Die schwarz-grüne Landesregierung will in Schleswig-Holstein die Konkurrenz ausschalten. Das ist der Effekt, den die im Eilverfahren geplante Änderung des Kommunalrechtes haben wird, wenn die Bürger am 14. Mai 2023 zu den Kommunalwahlen aufgerufen werden. Denn in den Kreistagen soll die Fraktionsgrenze von heute zwei auf dann drei Abgeordnete angehoben werden. Dies betrifft auch unseren Kreistag im Kreis Herzogtum Lauenburg. Wir stellen uns gegen diesen Angriff auf die Basisdemokratie. Aus gutem Grund hat das Bundesverfassungsgericht die 5-Prozent-Hürde für Kommunalwahlen kassiert, um „Waffengleichheit“ für alle politischen Strömungen zu schaffen und eine möglichst breite Beteiligung der Bürger vor Ort zu garantieren.

### Politischer Islam

Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 Grundgesetz. Beim Politischen Islam – einer Teilmenge des Islam– handelt es sich aber um die totalitäre Ideologie einer religiös begründeten Gesellschafts- und Staatsordnung, welcher die Einheit von Religion und Staat propagiert.

Eine Kritik am Politischen Islam richtet sich daher nicht gegen die islamische Gemeinschaft als solche, sondern lediglich gegen die politisch aktive Teilmenge, und ist wie jede Kritik an totalitären Ideologien durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung legitimiert. Der Islam gehört aber nicht zu Deutschland. Im Einzelnen fordern wir, dass verfassungsfeindlichen Vereinen der Bau und Betrieb von Moscheen untersagt wird. Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber sowie Finanzmitteln aus Deutschland oder der EU lehnen wir ab.

Wir treten für das freie Selbstbestimmungsrecht von Mädchen und Frauen und ihre körperliche Unversehrtheit ein. Verschleierung in der Öffentlichkeit und Symbole der Unterdrückung von Mädchen und Frauen sind zu untersagen.

### Lobbyismus

Wir wollen die Regelungen hinsichtlich der Nebentätigkeiten von Parlamentariern deutlich verschärfen, um Bestechungen und Vorteilsnahmen zu verhindern. Die Abgeordneten der AfD haben sich bereits entsprechende Regeln gegeben. Wir wollen den Einfluss von Lobbygruppen auf die Politik verringern.

## *Freiheit und Verantwortung*

### Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung

Die AfD setzt sich aktiv für eine gerechte, leistungsorientierte und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Unabhängig von willkürlichen Quoten, muss jeder in der Gesellschaft die gleichen Chancen haben.

## *Gesundheitspolitik und Sport*

### Gesundheitspolitik

In Deutschland hat sich die Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren verschlechtert. Das gilt auch für Schleswig Holstein und ebenso unseren Kreis. Die Zahl der Krankenhäuser sinkt, die Zahl der Ärzte geht zurück, Fachkräfte verlassen das Gesundheitswesen, Apotheken müssen aus finanziellen Gründen schließen. Diese Trends müssen unbedingt gestoppt werden. Deshalb werden wir uns in Herzogtum Lauenburg besonders für folgende Ziele einsetzen:

Ärzten den Weg aufs Land wieder attraktiv zu machen, hat höchste Priorität. Wir müssen die Krise des Gesundheitswesens auch im Kreis und den Gemeinden thematisieren. Kreis und Gemeinden könnten Ärzten, die neue Praxen eröffnen, günstige Praxisräume bereitstellen. Sie könnten in der Anfangsphase auch für adäquaten Wohnraum für junge Ärzte und ihre Familien preiswert bereitstellen.

An den beiden Kliniken im Kreis müssen alle Fachstationen vollumfänglich vorhanden sein und die Ärzte aller Fachrichtungen für Behandlungen und OPs zur Verfügung stehen. Eine Reduzierung des Notdienstes und der Ambulanz auf nur noch die Tagesschichten lehnen wir strikt ab. Insbesondere ist auf die dramatische Lage bei den Geburtskliniken hinzuweisen. Diese wurden in den letzten Jahren im Land zahlenmäßig halbiert. Nur in Geesthacht gibt es noch eine Geburtshilfestation an der örtlichen Klinik. Wir wollen uns für die Wiedereröffnung einer zweiten Geburtshilfestation im Kreis einsetzen.

### Sportpolitik

Die AfD setzt sich vorbehaltlos für den Breiten- und Spitzensport, seine Vereine und Verbände ein. Sport fördert die Gesundheit des Einzelnen und reduziert zudem die Belastung des Gesundheitswesens und erspart so dem Staat auch viel Geld. Sport ist zudem für die Jugend ein Mittel zum sozialen Umgang miteinander, steht für Fairness durch Fitness und kann somit in der Jugendhilfe und Integration eine wichtige Rolle spielen und diese sogar in gewissem Umfang ersetzen. Im Zuge der Coronakrise hat die Zahl der Mitglieder in den Vereinen des Kreises um über 20% abgenommen, ihre Zahl steigt nur sehr langsam wieder an. In den Schulen im Kreis fielen in den letzten Jahren tausende von Sportstunden aus. Dieses betrifft dramatisch besonders den Schwimmunterricht wie auch die Schwimmkurse in den Schwimmbädern. Auf keinen Fall dürfen aufgrund der Energie- und Finanzkrise die Bäder in den Schulen und Gemeinden heruntergefahren werden, wie es auch in manchen politischen Kreisen gefordert wird - im Gegenteil! Wir fordern den Bau eines zentralen Kreisschwimmbades mit guter Erreichbarkeit aus dem Nord wie auch dem Südkreis.

Und wir fordern das Ende aller Coronamaßnahmen an Schulen und in den Vereinen, insbesondere das Ende der Maskenpflicht auch in Schulbussen und Bahnen des ÖPNV.

## *Sozialpolitik*

Unser Sozialsystem ist gegründet worden, um deutschen Bürgern die Möglichkeit einzuräumen, auch in schwierigen Zeiten eine finanzielle Sicherheit zu bieten. Ein Sozialstaat kann nur sozial agieren, wenn die Grenzen geschützt sind. Das maßlose Einwandern und das finanzielle Unterstützen von Migranten kann nur nach sorgfältiger Prüfung der Aufenthaltsberechtigung stattfinden. Deutschland und damit auch unser Kreis Herzogtum Lauenburg können nicht der Sozialretter der Welt sein. Nicht anerkannte Migranten oder illegal eingewanderte Migranten sind ausnahmslos auszuweisen. Ein Zuzug von Angehörigen ist zu unterbinden. Ein Bleiberecht darf nicht automatisch erfolgen. Das ungeprüfte Einwandern in unsere Sozialsysteme ohne Anerkenntnis der Berechtigung des Asylgrundes, muss abgestellt werden. Ideologische Gründe anderer Parteien oder Lobbyisten-Einflüsse wie Klimaflucht oder schlechte Lebensumstände aus dem Herkunftsland dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen ein Grund für die Aufnahme in Deutschland und in unsere Sozialsysteme sowie das Bleiberecht sein.

Alleinerziehenden Frauen und Männern mit Kindern sind besondere Förderungsprogramme anzubieten. Der Schutz des ungeborenen Lebens hat absolut Vorrang. Schwangerschaftsabbrüche dürfen nur nach Vergewaltigungen oder bei der Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der werdenden Mutter oder des Kindes vorgenommen werden. KITA-Plätze sind vorrangig Arbeitenden in der Nähe des Wohnortes anzubieten. Unbeschäftigten Elternteilen ist es zuzumuten, sich selbst um die eigenen Kinder zu kümmern.

## *Familienpolitik*

Die Gründung einer Familie ist das Kernstück unserer christlich geprägten Gesellschaft. Familien mit mehreren Kindern sollten finanziell unterstützt werden. Deutsche Familien mit mehreren Kindern dürfen nicht als asozial angesehen werden. Diese Familien sollten der Stolz unserer Gesellschaft sein.

Es sollten Abstimmungen zwischen Kitas und Kindergärten erfolgen, dass freie Betreuungsplätze so ausgeglichen werden, dass unnötige Fahrten zwischen Wohnort und Betreuungseinrichtungen nicht anfallen. Die Nähe des Wohnorts muss das Entscheidungskriterium sein. In Kitas, Kindergärten und Schulen ist die Frühsexualisierung abzuschaffen. Wir von der AfD lehnen islamistische Mehrfach- und Kinderehen im Kreis ab. Die Mehrheit der Bürger lehnt Mehrfachehen und Ehen mit Kindern ebenfalls ab, da die seelische und geistige Entwicklung von Kindsfrauen nachhaltig gestört wird. Ein unbeschwertes Aufwachsen der Kindsfrauen ist verheiratet nicht möglich.

Das Verschleiern im öffentlichen Raum ist abzulehnen und zu verbieten. Die Verschleierung in unserem Land ist ein Nachweis dafür, dass diese Menschen sich in unserer christlichen Wertegemeinschaft nicht integrieren wollen oder dürfen. Die Religionsfreiheit wird auch ohne Verschleierung sichergestellt. Aus der Sicht der AfD ist die Verschleierung sowie das Kopftuch, welches die Haare komplett bedeckt, ein Zeichen für die Unterdrückung der Frau. Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau darf nicht nur eine Worthülse sein.

Es kann nicht sein, dass deutsche Frauen mit Kindern in Not in Frauenhäusern abgelehnt werden, während ausländische Frauen dort Unterkunft finden können.

Genderideologien verhindern aus Sicht der AfD die Weiterentwicklung der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann.

Familien mit Kindern müssen deutlicher finanziell unterstützt werden, um Kinderarmut abzuschaffen und die Familien zu stärken. Elternzeiten, die sowohl Mann als auch Frau in Anspruch nehmen, müssen verlängert werden. Lohnausfälle durch die Erziehung der Kinder müssen ausgeglichen und auf die spätere Rente angerechnet werden.

Inklusion ist für eine verantwortliche Gesellschaft ein wichtiger Meilenstein bei gehandicapten Menschen. Diese müssen von besonders ausgebildeten Lehrern behutsam beschult und betreut werden. Eine gezielte Förderung von Einzelpersonen funktioniert nur in speziellen schulischen Einrichtungen. Lern- bzw. Hilfsmittel z.B. bei Sehbeeinträchtigungen sind kostenlos anzubieten. Behinderte Menschen dürfen in der Gesellschaft weder beim Berufswunsch noch bei Wohnraum zu Bittstellern degradiert werden. Die AfD fordert, dass ein Kreiswohnraumkonzept von der Verwaltung erstellt wird, sodass behinderte Menschen barrierefrei ausreichenden Wohnraum finden können. Für Obdachlose Menschen im Kreis sind beheizte, kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die gemeinnützigen humanitären Einrichtungen im Kreis sind auf Antrag finanziell ausreichend zu unterstützen.

## *Bildung, Wissenschaft und Forschung*

Kreise und Gemeinden haben einen geringen Einfluss auf die Schulpolitik, die Sache der Bundesländer ist. Dennoch kann die Kommunalpolitik optimale Voraussetzungen für das Lernen an den Schulen auch in unserem Kreis schaffen. Das beginnt beim Bau und der Sanierung der Schulen, von denen einige auch der Kreisverwaltung unterstehen. Auch muss die Attraktivität der Standorte erhöht werden, um Lehrkräfte zu gewinnen, die einer bundesweit gesuchten Berufsgruppe angehören. Hierbei kann die Bereitstellung von „Lehrerwohnungen“ ein Instrument sein, wie auch die Verbeamtung von Lehrern, um sie längerfristig an ihre Schulen binden. Die AfD in Herzogtum Lauenburg wird alle Versuche in diese Richtung unterstützen. Was wir hingegen ablehnen, ist eine Ideologisierung des Unterrichts an den Schulen aber auch den Kitas, insbesondere die Frühsexualisierung und den gesamten Genderkomplex betreffend. Nachmittagsunterricht muss auf freiwilliger Basis erfolgen.

Wir fordern die vorrangige Betreuung von Kindern bis einschließlich des 3. Lebensjahres in der Familie, hierfür sollte eine gesellschaftliche und finanzielle Unterstützung durch ein adäquates Erziehungsgeld für die Eltern in diesen ersten Lebensjahren der Kinder gewährleistet sein.

Besonders am Herzen liegen uns die sogenannten MINT- Fächer, also Technik und Naturwissenschaften. In diesen Disziplinen fallen die deutschen Schüler auch im internationalen Vergleich immer weiter zurück. Baulich müssen die naturwissenschaftlichen Trakte der Schulen auf dem neuesten Stand der Technik gebracht werden, und insbesondere dürfen gerade in diesen Fächern keine Stunden mehr ausfallen und mehr Fachlehrkräfte müssen gewonnen werden. Diese Fächer sind nicht nur für das Handwerk von immenser Bedeutung, sondern auch für die Ausbildung von Ingenieuren und Forschern an den Hochschulen und in der Industrie, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bildet.

Der Kreis muss die Bedeutung des Handwerks hervorheben und das sogenannte Duale Ausbildungssystem und attraktive Angebote fördern, den Meisterbrief zu erlangen. Das Handwerk ist für den Erhalt und den Ausbau unserer Infrastruktur lebenswichtig. Wissenschaftlich ist unser Kreis mit dem Helmholzzentrum in Geesthacht gut aufgestellt. Wichtig ist hierbei die Verzahnung mit den Firmen im Kreis, die von den Ergebnissen und auch den Techniker und Forschern profitieren sollten und eine Durchlässigkeit zwischen Forschungsinstituten und den Wirtschaftsunternehmen, auch beim Personal, muss gefördert werden.

Den Bau des neuen Flüssiggasterminals und den innovativen Einsatz von Wasserstoffgas an der Elbe bei Geesthacht befürworten wir. Überdimensionierte Umspannwerke für Windstrom und neue Windparks mit Windrädern bis 240 m Höhe auf grüner Wiese lehnen wir jedoch als rückschrittliche, nicht zielführende Technologien ausdrücklich ab.

## *Bauen, Wohnen und Mieten*

### Wohnungsbau erleichtern

Das Land, die Kreise und die Gemeinden haben viele Möglichkeiten den Bau von Wohnungen zu erleichtern. Es ist in ihrer Hand, Bauland auszuweisen und die zulässigen Geschossflächenzahlen anzuheben. Durch die Aufstockung können dann auch auf kleiner Fläche viele neue Wohnungen entstehen.

Die Baukosten müssen substantiell gesenkt werden, daher sind die Bauvorschriften zu vereinfachen und wirtschaftlich unsinnige Auflagen abzuschaffen, wie Grunderwerbssteuer, Gebühren bei den Ämtern, Gebühren beim Notar, Genehmigungskosten und Abgaben für die Infrastruktur sind insgesamt zu hoch. Statt mit neuen und stets steigenden Forderungen das Bauen zu verteuern, müssen sie verringert oder gestrichen werden, um die Schaffung von Wohnraum zu fördern. Die AfD fordert daher, die Grunderwerbsteuer auf die erste selbstgenutzte Wohnimmobilie ersatzlos zu streichen, ebenso die Grundsteuer.

Der Kreis Herzogtum Lauenburg und seine Gemeinden sind Eigentümer einer großen Anzahl in der Nachkriegszeit vergebener Erbbaurechte, deren Verträge in den nächsten Jahrzehnten auslaufen. Die Verlängerung auslaufender Verträge und der Abschluss neuer Erbbaurechtsverträge sind für den Kreis und seine Gemeinden ein Instrument der gezielten Schaffung und Gestaltung von Wohnraum für die Menschen in unserem Kreis. Deshalb steht die AfD dafür, das „Tafelsilber des Kreises nicht zu verscherbeln“, sondern für eine langfristige Wohnungsbaupolitik zu erhalten. Kein Verkauf von Erbbaugrundstücken!

## *Klima, Energie, Technik und Digitalisierung*

### Vorwort

Die AfD befürwortet eine intelligente Vernetzung und steht für eine sichere und bezahlbare Energie- und Wasserversorgung. Die AfD fordert die Förderung regionaler Strukturen auch beim Glasfaser- und Funknetzausbau.

### Den radikalen Umbau der Gesellschaft als Folge der Klimapolitik abwehren

Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab. Die AfD bezweifelt aber, dass diese nur negative Folgen hat. Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun. Die Menschheitsgeschichte belegt, dass Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen führten, während Kaltzeiten mit Not, Hunger und Kriegen verbunden waren. Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Die jüngste Erwärmung liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir sie auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen.



## Kein Bargeldausschluss

In Deutschland sind Euro-Banknoten das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel, sollte man meinen, und so steht es auch im Gesetz. Grundsätzlich müssen Händler und Dienstleister Bargeld akzeptieren. Aber natürlich hat der Gesetzgeber sofort eine Hintertür für Unternehmen geöffnet, in der er dem Unternehmen zugesteht, Bargeld abzulehnen, wenn er dieses direkt am Eingang mitteilt.

Hiermit wird Tür und Tor geöffnet, um Bargeldzahlungen abzulehnen bzw. zu verhindern. Fast unbemerkt plant die linksgesteuerte AWSH ab dem Jahr 2023 eine wesentliche Änderung des Bezahlensystems an den Recyclinghöfen des Kreises: Die Einführung des automatisierten Bezahls und damit verbunden die Abschaffung des Zahlens mit dem in Deutschland gesetzlichen Zahlungsmittel Euro als Bargeld. Aber nicht nur die bargeldlose Zahlung beunruhigt uns, nein auch die Speicherung, wer wieviel und vor allen Dingen welche Müllart er anliefert. Die Kreis-AfD stellt sich gegen diese einwohnerfeindlichen Pläne. So findet unter dem Deckmantel der unternehmerischen Freiheit eine geplante Abschaffung des Bargelds statt. Dieser geplante Abschaffung des Bargelds durch die Hintertür lehnten wir ab.

## Umspannwerk – Das Subventionsmonster Energiewende muss weg

Alle drei EE-Strom-Erzeugungsarten richten bei Flora, Fauna und im Landschaftsbild schwere Schäden an. Die sogenannte Energiewende ist zu einem gewaltigen Subventionsmonster entartet. Die Stromabnehmer, also Sie, müssen für diese technisch desolate und unwirtschaftliche Politik mit maßlos gestiegenen Strompreisen aufkommen, vor allem die Schleswig-Holsteiner. Für sie ist in Deutschland der Strom am teuersten. Sie zahlen rund 20 Prozent mehr als die Bürger anderer Bundesländer – und dies, obwohl Schleswig-Holstein an Windstrom einen Überschuss hat und ihn an südlichere Bundesländer abliefern. Nun soll zu allen Überflüssen auch noch ein Mega-Umspannwerk im Herzogtum Lauenburg gebaut werden, ein sog. Netzverknüpfungspunkt. Für diesen Netzverknüpfungspunkt sind mindestens 40ha notwendig, ein Wahnsinn. Auch plant man eine sog. Strom-Autobahn im Kreis Herzogtum Lauenburg. Dahinter stecken TenneT und 50 Hertz. 50 Hertz ist bekannt für seine Unternehmensphilosophie 100% Strom aus erneuerbaren Energien. Mit diesen Plänen wird Flora, Fauna und das Landschaftsbild sehr schwer geschädigt. Diese beiden Wahnsinnprojekte müssen verhindert werden.

## Mindestabstand Windräder zu Wohnbauten 2,5 km

In Wäldern und Schutzgebieten dürfen keine Wind- und Solaranlagen errichtet werden. Die AfD setzt sich dafür ein, das heimatische und für den Kreis Herzogtum-Lauenburg typische Landschaftsbild, unsere Umwelt und unsere Tierwelt zu bewahren. Der Mindestabstand von Windkraftanlagen muss das Zehnfache der Anlagen-Gesamthöhe betragen, mindestens jedoch 2,5 Kilometer. Das Vollstellen der Landschaft im Kreis Herzogtum-Lauenburg mit Windkraftanlagen ist für die Bewohner des außerstädtischen, ländlichen Raums eine schwere, teils unerträgliche Belastung, während die Bevölkerung in den Städten das überhaupt nicht wahrnimmt und daher für die Opfer der Anlagen zu wenig Verständnis aufbringt.

## Kein Zwang zur Biotonne bei Selbstkompostierung

Auszug aus der Abfallwirtschaftssatzung Kreis Herzogtum Lauenburg: „Der Kreis kann für kompostierbare Abfälle Ausnahmen von der Anschluss- und Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 KrWG zulassen, wenn alle kompostierbaren Bio und Grünabfälle vollständig auf dem von Ihnen im Rahmen ihrer privaten Lebensführung genutzten Grundstücken fach- und sachgerecht

kompostiert werden und dieses schriftlich erklärt wird. Als Eigenkompostierung gilt die „vollständige Verwertung aller auf dem Grundstück anfallenden Bio- und Grünabfälle, die ganzjährige Bewirtschaftung der Rotte und des Rottematerials, sowie die vollständige Verwendung des Kompostes auf dem eigenen Grundstück.“ Dieser Auszug zeigt, dass es durch eine Anpassung der Satzung durchaus möglich wäre, einen Anschlusszwang zur Biotonne zu erzwingen.

Zurzeit ist nicht ersichtlich, was alles unter den Begriff Bio- und Grünabfälle im Herzogtum Lauenburg fällt. Da es keinen Biotonnen-Anschlusszwang im Kreis Herzogtum Lauenburg gibt, kann davon ausgegangen werden, dass z. B. gekochte Speisereste, Fleisch, Käse, Backwaren usw. keine Bioabfälle im Sinne der geltenden Satzung sind. Dieses wird noch deutlicher, da der Sprecher der AWSH in einem Presseartikel deutlich machte, dass die Politik gefragt sei, um den Bioanteil deutlich zu erhöhen. Die Kreis-AfD ist für die Verwertung von Bioabfällen. Wir, die Kreis-AfD, sind aber gegen einen generellen Anschlusszwang zur Biotonne. Dieses muss, sollten Pläne der AWSH dieses vorsehen, im Kreistag verhindert werden. Wir stehen für eine Eigenverantwortung der Grundstückseigentümer und nicht für Zwangsmaßnahmen.

## ***Mobilität und Infrastruktur***

### **Vorwort**

Verkehrspolitik, von außen nach innen ist ideologisch geprägt und darf nicht weiterverfolgen werden. Die Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft orientieren. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt, diskriminiert oder abschaffen will, lehnt die AfD ab, besonders die im Kreis verfolgte. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit des Bürgers, seine Verkehrsmittel selbst wählen zu können. Dennoch müssen weitere Verbesserungen der Investitionen in den ÖPNV erfolgen. Nicht alle Maßnahmen zur Verkehrsverbindungen kann ein Kreis im Alleingang leisten, aber er kann die Gestaltung erheblich beeinflussen. Die Kreis-AfD setzt sich dafür ein, eine weitere Infrastruktur, über die der Kreis weitgehend selbst entscheiden kann, zu pflegen. Die bürgernahe Verwaltung mit Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen vor Ort wollen wir stärken, soweit kein überörtlicher Bedarf zur Koordinierung mit anderen Einheiten besteht. Bestehende dezentrale Ämter sollen daher erhalten bleiben, das kommunale Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung soll nicht durch Gesetze oder andere Maßnahmen geschmälert werden.

### **Stärkung des ländlichen Raums**

Wir, die AfD, wollen die ländlichen Regionen stärken, sie sind Teil der historisch gewachsenen Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins. Mit gesunden Strukturen in den Dörfern und den kleinen Ortschaften, intakter bäuerlicher Landwirtschaft, einer mittelständischen Wirtschaft und einer ausreichenden gesellschaftlichen Infrastruktur, wie Schulen, Ortsverwaltungen, Arztpraxen und öffentlichen Verkehrsmitteln, wollen wir die Attraktivität zu erhalten helfen und weiter verbessern.

## Verkehrswege ausbauen und erhalten

Eine intakte Infrastruktur der Verkehrswege ist Voraussetzung. Hierfür besonders wichtig sind neben einem leistungsfähigen Schienen- und Busnetz grundlegend instandgesetzte und gut ausgebaute Straßen und Radwege. Der Zustand unserer Bundes-, Landes- und Kreisstraßen hat sich über Jahre hinweg immer weiter verschlechtert. Hier fordern wir die Instandsetzung. Besonders die grundhafte Straßensanierung ist in weiten Teilen unseres Kreises dringend geboten. Leider wird lediglich auf eine Dauerflickerei der Straßen gesetzt, was im Endeffekt wesentlich teurer wird. Hier kann man von politisch gewollten Interessen ausgehen, die ein vernünftiges und funktionierendes Straßennetz verhindern wollen.

Die Erhaltung von Verkehrswegen und Brückenbauwerken muss oberste Priorität haben.

## Verkehrspolitik an den Bürgerbedürfnissen ausrichten

In unserem Kreis mit seiner dünnen Besiedelung sind die Bürger auf eine individuelle Mobilität angewiesen, die auch bezahlbar sein muss. Die Bürger frei entscheiden zu lassen, welche Verkehrsmittel sie nutzen möchten, ist Ziel der AfD. Wir müssen weg von der ideologisch getriebenen Verkehrspolitik der Linken und Grünen.

## Schiennetz ausbauen

Die Alternative für Deutschland setzt sich generell für einen Ausbau des Schiennetzes ein, auch wenn der Ausbau Landessache ist, kann der Kreis über den Landrat die Weichenstellungen vornehmen. Insbesondere der Ausbau der Strecke S21 Aumühle Richtung Schwarzenbek muss oberste Priorität haben, um hier für eine wesentliche Verbesserung im schienengebundenen ÖPNV zu sorgen.

Anbindung Stadt Schwarzenbek an das S-Bahn-Netz S21 Elbgaustraße-Aumühle:

Ersatzweise Einrichtung eines Pendelzugs Büchen-Bergedorf-Büchen mind. im 40 Min. Takt auch in den Abendstunden. Ein 3-gleisiger Ausbau der Strecke Schwarzenbek ist zu prüfen.

Die S21 hat die Möglichkeit auf Gleis 5 Bahnhof Schwarzenbek einzufahren, ohne den nachfolgenden Zugverkehr zu behindern. Auch ein Rangieren wäre überflüssig, da Gleis 5 ein Abfahrtsgleis Richtung Hamburg ist. Die S 21 könnte von Aumühle ganz bequem über das ehemalige Gleis RE1 den Bahnhof verlassen. Eingesetzt dazu werden Züge mit Oberleitung und Stromschienenabnehmer, wie sie auf der S3 Stade schon Verwendung finden. Die Fahrzeit, für die auf der Strecke Stade gebräuchlichen S-Bahnen beträgt, 8 Min-10 Min. Moderne S-Bahnen erreichen Geschwindigkeiten bis zu 140 Km/h und wären noch schneller.

Gleiches gilt für die schienengebundene Anbindung der Stadt Geesthacht Richtung Bergedorf.

Die AfD unterstützt den breiten Konsens in der Bevölkerung. die Strecke wieder für den regulären Personenverkehr herzurichten.

## Hafenwirtschaft

Geesthacht bekommt einen Hafen für Zukunftstechnologien. Das Zauberwort heißt Wasserstoff. In Geesthacht soll Deutschlands erste Wasserstofftankstelle für Schiffe entstehen, an der auch Lkw's betankt werden können. Dieses Vorhaben wird von der AfD unterstützt.

## Radwege

Um Radfahren im Kreis Herzogtum-Lauenburg sicher und bequem zu machen, fordert die AfD die Sanierung und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes. Die Radwege müssen so geplant werden, dass sie auch an Schulen vorbeiführen und den Schülern einen sicheren Schulweg bieten. Leider sind auch hier die bestehenden Radwege in einem mehr als desolaten Zustand, hier muss durch den Kreis dringend Abhilfe geschaffen werden.

Prestigeobjekte, wie die sog. Velorouten, lehnen wir aus Kostengründen ab. Allein die Veloroute Geesthacht-Bergedorf soll nach Stand 2021 Euro18 Mio. kosten.

## *Innere Sicherheit*

### Stärkung der Polizei

In den letzten Jahrzehnten wurden immer mehr kleine Polizeistationen im Kreis u.a. aus Kostengründen geschlossen. Diese von der Politik verordneten Sparmaßnahmen haben im Kreis Herzogtum Lauenburg insbesondere im ländlichen Bereich zu einer Unterversorgung geführt. Auch die personelle Besetzung der noch vorhandenen Wachen und die Ausstattung mit Dienstfahrzeugen muss verbessert werden. Wir fordern eine 24-Stunden-Besetzung aller Polizeiwachen im Kreis sowie eine Aufstockung der Anzahl der Wachen und des Personalbestandes.

### Keine Verharmlosung von Linksextremismus

Die AfD lehnt jedwede Form des Extremismus ab. Extremistische Bestrebungen, seien diese politisch, kulturell oder konfessionell motiviert, gefährden unsere Demokratie und müssen mit den Mitteln des Rechtsstaats entschieden bekämpft werden. Der Linksextremismus überschreitet dabei zunehmend die Schwelle zum Linksterrorismus und stellt eine wachsende Bedrohung dar. Wir werden verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Linksextremismus unternehmen. Die Verharmlosung der politisch linksmotivierten Kriminalität als Aktivismus wollen wir beenden und die Einflussnahme linksextremer Gruppen auf gesellschaftspolitische Initiativen im Bereich des „Klima“- , Umwelt- und Naturschutzes offenlegen und unterbinden.

### Sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornographie bekämpfen

Der sexuelle Missbrauch von Kindern und die Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie gehören zu den schlimmsten Dingen, die Kinderseelen angetan werden können. Auch Im Kreis Herzogtum Lauenburg ist dieses Kriminalitätsphänomen schreckliche Realität. Wir setzen uns für einen verstärkten Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern und der Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie ein. Auch in der Kita und der Schule sind die Kleinsten vor ideologisch motivierten staatlichen Übergriffen in ihre körperliche und sexuelle Unversehrtheit und in ihre Kinderseelen zu schützen. Keine Gender- und keine Transgenderideologie auf dem Rücken unserer Kinder!

## Verschärfung des Waffenrechts zurücknehmen

Die AfD lehnt die EU-Feuerwaffenrichtlinie weiterhin ab. Diese hat vorgeblich zur Terrorismusbekämpfung zu einer maßlosen Verschärfung des deutschen Waffenrechts geführt, obwohl die Mehrheit terroristischer Anschläge und der Schusswaffenkriminalität mit illegalen Waffen geschieht und insofern nicht durch die Verschärfung des Waffenrechts erreicht werden kann. In Schleswig-Holstein werden dadurch etwa 38.000 Legalwaffenbesitzer, darunter mehrheitlich Jäger und Sportschützen, aber auch Schützenvereine und staatlich geprüfte Waffensachverständigen unter Generalverdacht gestellt. Wir stehen an der Seite der gesetzestreuen Legalwaffenbesitzer.

## Katastrophenschutz und Feuerwehr stärken

Durch die Politik der regierenden Parteien hat sich die Gefährdungslage in Deutschland und damit auch im Kreis Herzogtum Lauenburg verschärft. Unkontrollierte Einwanderung nicht aufenthaltsberechtigter Personen, auch von IS-Anhängern und Terroristen, sowie sich krimineller Methoden bedienender Links-Aktivisten führten in der nahen Vergangenheit zu Terroranschlägen und Angriffen auf die Versorgung der Menschen mit Strom und Gas. Auch aufgrund falscher staatlicher Entscheidungen wird ein Blackout im Bereich der Stromversorgung auch unseres Kreises immer drohender.

Wir als AfD setzen uns für einen leistungsstarken und effizienten Katastrophenschutz und eine zeitgemäße und bestens ausgerüstete Feuerwehr ein. Wie in den vergangenen Jahren werden wir uns weiterhin aus tiefer Überzeugung für die Stärkung und die Belange der Freiwilligen Feuerwehren im Kreis Herzogtum Lauenburg sowie des Kreisfeuerwehrverbandes einsetzen. Oberste Priorität hat eine effektive und zeitgemäße technische Ausrüstung der Fahrzeuge und aller Gerätschaften. Auch weiterhin werden wir die Planungen des Kreisfeuerwehrverbandes in Elmenhorst unterstützen.

Im Bereich des Katastrophenschutzes werden wir uns wie in den vergangenen Jahren insbesondere für die Versorgung der Bevölkerung im Notfall engagieren. Hierzu zählen die Bereitstellung von Notunterkünften, Wärmeräumen und Notstromaggregaten, für deren Anschaffung wir uns besonders einsetzen werden.

## *Migration, Asyl und Integration*

Seit Gründung der AfD im Februar 2013 fordert die AfD die gesteuerte Zuwanderung im Gegensatz zur „Politik der offenen Grenzen“ der Linksparteien und hat sich allein deswegen schlimmsten Stigmatisierungen erwehren müssen. Die Migrationskrise des Jahres 2015 sollte sich - wie von der damaligen Kanzlerin versprochen - nicht wiederholen, aber die Flüchtlingszahlen 2022 haben ein ebensolches Maß erreicht. Das stellt insbesondere die Kommunen vor immensen Herausforderungen, da die Aufnahmekapazitäten begrenzt sind und auch nur in beschränktem Umfang erweitert werden können.

Die AfD wird daher im Kreistag eine Untersuchung fordern, die von den Kommunen ausgehend ermittelt, wie viele Migranten aufgenommen werden können, und das Ergebnis der Landesregierung vorlegen, um eine Obergrenze festzulegen. Wird die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften und Bauprojekte zur Unterbringung von Flüchtlingen unumgänglich notwendig, sind die betroffenen Bürger in die Planungen von Anfang an einzubeziehen und die Durchführung von der Zustimmung der Betroffenen abhängig zu machen. Wir wollen, dass das Kopftuch als religiöses oder politisches Zeichen im Öffentlichen Dienst generell nicht gestattet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen wird.

Dies betrachten wir als eine der wichtigsten Bedingungen für eine gelingende Integration. Das Kopftuchverbot trägt zur Wahrung des Schulfriedens bei und ermöglicht jungen Mädchen eine freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau als essentielles Grundrecht ist Asylsuchenden zu vermitteln.

## *Wirtschaft*

Die Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne die Wirtschaft ist alles nichts. Der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik muss auch auf Kreisebene wieder sichtbar gemacht werden und sich im Haushaltsplan widerspiegeln.

In den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen wir die Wirtschaftsförderung, nicht nur im Sinne von Neuansiedlungen, sondern besonders unter den Bedingungen von Inflation und explodierten Energiepreisen, den Erhalt von mittelständischen Betrieben und von für unseren Kreis besonders wichtigen Handwerksbetrieben.

Wir werden in den Mittelpunkt unserer kommunalen wirtschaftspolitischen Arbeit stellen:

- o Eine Effizienzsteigerung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFL) auf der Grundlage eines Audits, das die letzten fünf Jahre umfasst.
- o Eine konzertierte Lösung von durch den Kreistag mit seinen Ausschüssen vorgegebenen Schwerpunktaufgaben der kreiseigenen Gesellschaften (bzw. Beteiligungen) Berufsförderungsgesellschaft BQG, WFL und der HLMS.
- o Menschen- und Naturschutz haben Vorrang vor der Erweiterung der Flatterstrom-Kapazitäten. Die AfD setzt sich dafür ein, das heimatische und für Schleswig-Holstein typische Landschaftsbild, unsere Umwelt und unsere Tierwelt zu bewahren. Der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohnungen muss das Zehnfache der Anlagen-Gesamthöhe betragen, mindestens jedoch 2,5 Kilometer.
- o Der Kreis hat auf der Basis einer breiten Analyse der existenziellen Infrastruktur sicherzustellen, dass durch die Bereitstellung von Notstromaggregaten die Folgen eines Blackouts abgedeckt werden.
- o Die Kreissparkasse ist ihren Kunden und der Wirtschaft verpflichtet, d.h. dem Mittelstand. Die Servicekonzepte sind darauf auszurichten.

## Tourismus

Das „Binnenland Schleswig Holstein“, das durch den landschaftlich reizvollen Kreis Herzogtum Lauenburg mit seinen 24 Seen maßgeblich geprägt wird, ist touristisch wertvoll und wird von Besuchern aus den nahen Ballungsräumen und auch aus den umliegenden Staaten, wie Dänemark und den Niederlanden, gerne bereist. Als Kreis mit den höchsten Besucherzahlen in Schleswig-Holstein sollte diesem Wirtschaftszweig noch mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden. Die Herzogtum Lauenburg Marketing und Service GmbH (HLMS) hat als kreiseigene Gesellschaft verstärkt dafür zu sorgen, dass die touristischen Angebote vergrößert und in den Medien vorgestellt werden.

## Steuern und Finanzen

### Abschaffung der Substanzsteuern

Der Bemessungsschlüssel für die sogenannten Substanzsteuern, dazu zählen die Grundsteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschafts- und Schenkungssteuer lassen sich nicht verfassungskonform gestalten. Die AfD setzt sich dafür ein, alle diese Steuern abzuschaffen. Als Ersatznahme für die Kommunen strebt die AfD eine grundlegende Änderung des gesamten Verteilungsschlüssels der großen Steuerarten zu Gunsten der Kommunen an. Deren Verfassungsklage gegen den momentan praktizierten Finanzausgleich unterstützt die AfD.

Die Wirtschaftsstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg ist wesentlich von mittelständischen Unternehmen geprägt. Bei einem Unternehmensübergang durch Erbfall kann eine Erbschaftssteuer durch den Substanzverzehr zu einer Zerstörung funktionierender Unternehmen und somit zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Es gibt keinen akzeptablen Grund, aus Trauerfällen Steuerfälle zu machen. Die AfD fordert daher die Abschaffung der Erbschaftssteuer.

## Kultur

Die AfD wehrt sich gegen jede Art von Sprach-, Denk- und Meinungszensur unter dem Deckmantel der sogenannten „Politischen Korrektheit“. Die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die sich explizit dem Schutz der deutschen Sprache und Kultur verschrieben hat. Hierzu gehören auch regional existierende Dialekte und Mundarten. Die AfD lehnt die Verwendung von Anglizismen und der Gendersprache im öffentlichen Sprachraum ab. Wir lehnen ebenfalls das Konzept einer bereits gescheiterten multikulturellen Gesellschaft sowie von Parallelgesellschaften ab, die zur Sprachverrohung und hoher Kriminalität führen.

Zur Erhaltung unserer Kultur sind die entsprechenden Bildungsstätten wie Bibliotheken, Volkshochschulen, Museen, Kunstausstellungen und Gedenkstätten da. Diese gilt es weiterhin politisch und finanziell in unserem Kreis zu erhalten und auszubauen. Kunst im öffentlichen Raum stellt gegebenenfalls eine Bereicherung dar, sollte jedoch nur mittels Einbeziehung der „betroffenen“ Bürger beauftragt werden.

Wir befürworten die Traditionspflege mit ihren Vereinen und fordern eine adäquate Erinnerungskultur sowie die Förderung von Geschichtsstudien. Gerade in unserem Kreis mit der langen Grenze zur ehemaligen kommunistischen DDR muss dieses ein primäres Anliegen bleiben.

Historische Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden müssen erhalten bleiben. Zukunft braucht Herkunft. Auch Landschaft ist Teil unserer Kultur und muss deshalb ohne größere Eingriffe unbedingt erhalten werden. Dieses betrifft vorrangig auch den Erhalt dörflicher Struktur und den damit verbundenen Denkmalschutz.

Das heimatkundliche Wissen, besonders an den Schulen, muss unbedingt wieder in den Fokus gerückt werden. Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zu Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, sofern diese nicht der Demokratischen Grundordnung entgegenstehen und sich gegen die christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richten. Wir lehnen daher auch jeglichen Islamunterricht an den Schulen ab, ebenso wie den Neubau von Moscheen, wie zuletzt in Schwarzenbek, besonders, wenn diese durch ausländische Islamvereine betrieben und von islamistischen Staaten mitfinanziert werden.

## Medien

Wir fordern eine korrekte Berichterstattung auch auf Kreisebene.

### *Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz*

Wir stehen in der Verantwortung für nachfolgende Generationen. Die AfD setzt sich für den Erhalt einer intakten und vielfältigen Natur ein. Die AfD strebt einen Umweltschutz unter Einbeziehung der Menschen an. Der Mensch ist Teil der Natur und kein Fremdkörper. Immer neue und kontraproduktive Auflagen aus Brüssel lehnen wir ab.

Die AfD steht für eine naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft herkömmlicher Art wie auch ergänzt durch den Biolandbau, der jedoch nur etwa die Hälfte der Erträge erbringt, die für die Selbstversorgung im Land notwendig sind. Unser Kreis ist stark landwirtschaftlich geprägt. Die Bauern müssen unbedingt selber über ihre Formen der Landbewirtschaftung entscheiden können, das betrifft auch Maßnahmen des Naturschutzes, sofern ihre Flächen hierfür geeignet sind, das betrifft etwa die oft sinnvollen Blühstreifen an den Feldern für das Insektenleben oder die Wiedervernässung alter Moorflächen, wie etwa dem Duvenstedter Brook. Die Art der Flächenbewirtschaftung wie Äcker, Wiesen oder Sonderkulturen obliegt alleine den Landwirten. Mit der AfD wird es in diesem Zusammenhang keine Enteignungen durch Land, Kreis oder Gemeinden geben. Die Landwirte müssen auch selber planen können, welche sie als Acker und welche als Grünland nutzen und bewirtschaften. Die Vorschrift, dass Ackerflächen nach fünf Jahren der Begrünung automatisch Grünland werden und bleiben müssen, lehnen wir scharf ab, ebenso Auflagen durch die Behörden hinsichtlich der Düngung und des Pflanzenschutzes über die vorhandenen Gesetze hinaus.

Die AfD lehnt das Schlachten ohne Betäubung (Schächten) scharf ab und fordert auch für den Kreis mobile Landschlachtereien im Interesse der tierhaltenden Betriebe. Auch eine Überregulierung der Knickpflege lehnen wir ab, die in manchen Fällen einer Teilenteignung der Landwirte gleichkommt.

Unser Kreis ist stark von Wäldern geprägt, dem großen Sachsenwald, den Kreisforsten als größtem körperschaftlichen Waldbesitzer in Deutschland sowie von zahlreichen Gemeinde- und Bauernwaldflächen. Von den Waldflächen des Kreises stehen ca. 20% unter Naturschutz, was wir ausdrücklich begrüßen. Eine weitere Ausdehnung betrachten wir doch mit großer Skepsis und würden solche Vorhaben im Kreistag nur noch in Ausnahmefällen unterstützen. Ebenso lehnen wir Absichten grundsätzlich ab, einen Holzeinschlag gänzlich zu unterbinden und den Wald als „Wildnis“ sich selber zu überlassen. Bei einer nachhaltigen Forstwirtschaft ist dieses sogar ökologisch von Nachteil. Urwälder in Deutschland sind nicht artenreicher als Wirtschaftswälder. Wir unterstützen auch den Umbau unserer Kreisforsten, besonders auf Flächen mit nicht standortgerechten Fichten hin zu widerstandsfähigen Laubmischwäldern und begrüßen hierbei die wissenschaftliche Begleitung durch Arbeitsgruppen von verschiedenen forstlichen Einrichtungen und Fakultäten. Wir unterstützen die waidgerechte und auch dem Forstschutz dienende Bejagung in den Kreiswäldern und fordern nach Schließung zweier Schießplätze wieder für Jäger und Schützen einen neuen Schießübungsplatz im Kreis bereitzustellen.

Der Kreis mit seinen vielen Seen und Mooren hat zahlreiche Naturschutzgebiete ausgewiesen. Dieses dient nicht nur der Verbesserung von Umwelt und Ökologie, sondern dient der Erholung und fördert den sanften Tourismus und fördert gleichermaßen das Bewusstsein für Naturprozesse, Biologie, Evolution und erdgeschichtliche Veränderungen in der Geografie der Landschaft sowie der Pflanzen- und Tierwelt über lange Zeiträume hinweg. Die AfD befürwortet in diesem Sinne den Naturschutz in unserem Kreis, immer unter Einbeziehung der Menschen in den Gemarkungen, wo weitere dieser Maßnahmen angedacht sind.



Alternative für Deutschland AfD  
Kreisverband Herzogtum Lauenburg

Programmkommission

Andrea Schroeder

René Franke

Hasso Füsslein

Leif Kulina

Dieter Ripp

Dr. Holger Stienen

---

Quellen:

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2022 in Schleswig-Holstein

Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag

Website der Alternative für Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein: <https://afd-sh.de/page/4/>

<https://www.handwerk-lauenburg.de/>

<https://wfl.de/de/startseite>

<https://www.bqg-personalentwicklung.de/>

<https://wfl.de/de/hlms>

[https://www.tvsh.de/fileadmin/content/Zahlen\\_\\_Daten\\_\\_Fakten/Tourismus\\_als\\_Wirtschaftsfaktor/](https://www.tvsh.de/fileadmin/content/Zahlen__Daten__Fakten/Tourismus_als_Wirtschaftsfaktor/)

SH\_Binnenland\_Endbericht\_tpB\_290519.pdf 6 <https://wfl.de/de/hlms>

Kapitel 12: Wirtschaft 2

<https://herzogtum-direkt.de/index.php/2022/08/25/betten-bilanz-tourismus-zieht-wieder-an/>

<https://metropolregion.hamburg.de/contentblob/16098754/afb0244dd205f4194b189512cec3a371/data/>

wirtschaftsfaktor-tourismus-dwif-2022.pdf

[https://www.tvsh.de/fileadmin/content/Zahlen\\_\\_Daten\\_\\_Fakten/Tourismus\\_als\\_Wirtschaftsfaktor/](https://www.tvsh.de/fileadmin/content/Zahlen__Daten__Fakten/Tourismus_als_Wirtschaftsfaktor/)

SH\_Binnenland\_Endbericht\_tpB\_290519.pdf

<https://www.kfv-herzogtum-lauenburg.de/>